

Dieter Seeger, Vortrag im April 2006:

„Erst Klarheit, dann Einheit“

Die Vereinigung von KPD und SPD vor sechzig Jahren in Rathenow

Als die zuvor in der Weimarer Republik regelrecht verfeindeten Kommunisten und Sozialdemokraten sich gemeinsam in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern der Faschisten wieder fanden, zwang sich die Lehre aus der Niederlage förmlich auf: Gemeinsam, nie mehr getrennt marschieren! Den Feinden der Arbeiterklasse keine Chance lassen! Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! So lautete auch das Gelöbnis der politischen Häftlinge des Zuchthauses Brandenburg, die sich in gemeinsamer Aktion selbst befreit hatten. Das Aktionsbündnis der beiden Arbeiterparteien im Frühling 1945 war der erste Schritt; die organisatorische Einheit war inhaltlich vorzubereiten.

Angesichts der Verletzungen in den zwanziger und dreißiger Jahren musste, ehe Vorbehalte zurückgestellt werden konnten, offen und selbstkritisch vor der eigenen Tür gekehrt werden. Die Kommunisten hatten die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“, die Sozialdemokraten die Kommunisten als „rotlackierte Faschisten“ beschimpft, und die Folge war das Unvermögen, den Hitlerfaschismus zu stoppen. Deren Terror machte dann keinen Unterschied zwischen „Bolschewisten“ und „Marxisten“; im KZ trugen sie alle den roten Winkel der „Politischen“. Die Überlebenden wollten es besser machen, ein- für allemal.

Schon im Brandenburger Zuchthaus hatten sich illegal (unter der umsichtigen Regie des Rathenower „Genossen mit Schlüsseln“, Richard Schwichtenberg, SPD) Vertreter beider Parteien in langen Beratungen auf den Neuanfang nach der Befreiung vorbereitet: Die Kommunisten Max Frenzel, Kurt Seibt, Alfred Neumann, Wilhelm Thiele, Artur Mannbar, Bruno Baum und andere aus der illegalen KPD-Organisation mit den Sozialdemokraten Otto Buchwitz, Otto Braß, Julius Balkow, Bruno Lindner, Rudolf Zimmermann, Gustav Dahrendorf und anderen. (Dahrendorf rückte später als Politiker der BRD von der im Zuchthaus beschworenen Gemeinschaft ab.) Das politische Testament des hingerichteten Kommunisten Anton Saefkow, das Max Frenzel aus der Todeszelle schmuggelte, enthielt die aktuelle Aufgabenstellung sowohl für die Haftzeit als auch für die Zeit unmittelbar nach der Befreiung. In den Beratungen schufen die Genossen den nötigen inhaltlichen Vorlauf.

Als nach der Selbstbefreiung etwa 100 der politischen Gefangenen ihren Zug nach Berlin antraten – unter ihnen Seibt, Thiele, Mannbar, Baum, Honecker, Buchwitz und Schwichtenberg – versammelten sie sich in Bagow am Beetzsee und legten das Gelöbnis ab: „Wir politischen Gefangenen haben den Weg zur politischen Einheit zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern beschritten. ... Wir haben gelernt, die Einheit als Lebensfrage zu erkennen. ... Wir haben nur einen gemeinsamen Feind: Faschismus und Reaktion; wir haben nur ein gemeinsames Ziel: den Sozialismus.“

In **Rathenow** hatte der nach dem Ende der Kämpfe eingesetzte sowjetische Stadtkommandant, Oberstleutnant Slepzow, den Kommunisten Karl Gehrman als Landrat und den Sozialdemokraten Paul Szillat als Oberbürgermeister berufen. Andere KPD-, SPD-Mitglieder sowie unbelastete Parteilose erhielten Aufträge für die

dringlichen Aufgaben der Normalisierung des Lebens in der Stadt. Die Menschen mussten mit Lebensmittelrationen vor dem Hungertod bewahrt werden, sie brauchten angesichts der zu zwei Dritteln zerstörten Stadt Unterkünfte, die Brände überall in der Stadt waren zu löschen, Seuchen mussten verhindert und Wege durch die Trümmer geschaffen werden. Die erhalten gebliebenen Betriebe mussten zur Produktionsaufnahme vorbereitet werden. Eine weitere Aufgabe war die Festnahme der aktiven Nazis, die sich Verbrechen schuldig gemacht hatten, mit Hilfe deutscher Antifaschisten als Polizisten. (Eine Quelle nennt Otto Weber, KPD/Leninbund, als ersten Leiter – unbestätigt –, zu den ersten Polizisten gehörten Franticek Blashek und Wilhelm Hagedorn.) Sie spürten Faschisten auf und übergaben sie der Besatzungsmacht, die alle administrativen Befugnisse ausübte. Die Belasteten kamen zur Prüfung ihrer Schuld in Internierungslager, so wie es die Beschlüsse der Siegermächte für alle Besatzungszonen vorsahen.

In dieser drängenden, schier unüberschaubaren und oft aussichtslos scheinenden Arbeit opferten sich die Genossen beider Parteien förmlich auf. Die gemeinsamen Anstrengungen schmiedeten sie aber auch enger zusammen. Die künftige Einheit rückte auf die Tagesordnung.

In der **KPD** war die Vereinigung mit der SPD weitgehend unumstritten als geschichtliche Notwendigkeit. Trotzdem gab es natürlich Vorbehalte und „grundsätzliche Forderungen“. (Dazu später.)

Auch in der **SPD** wurde die Vereinigung weitgehend gefordert. Als wichtige Befürworter der Einheit traten neben dem schon erwähnten ehemaligen Reichstagsabgeordneten Otto Buchwitz der frühere Redakteur der Parteizeitung in Brandenburg/Havel, Friedrich Ebert, Dr. Karl Steinhoff als früherer Vizepräsident der Provinz Ostpreußen, Georg Spiegel als Vorsitzender des SPD-Bezirksvorstandes der Mark Brandenburg und Prof. Bruno H. Bürgel hervor. Heftigen Widerstand leistete jedoch Dr. Kurt Schumacher, dem die Briten schon vor der Zulassung der Parteien in ihrer Zone ein Büro in Hannover gestattet hatten, wo er mit Annemarie Renger die SPD für die Westzonen organisierte, aber Anspruch auf die Führungsrolle in der Partei für ganz Deutschland erhob. Auch er hatte Zuchthaus- und KZ-Haft erlitten, hatte (körperversehrt) überlebt, aber die Schlußfolgerung einer Vereinigung nicht gezogen. Schumacher versuchte mit massivem Druck auf seine ostdeutschen Genossen sowohl die Aktionseinheit als auch die organisatorische Einheit beider Parteien zu verhindern. Diese Politik wurde von den westlichen Besatzungsmächten unterstützt, von der sowjetischen Besatzungsmacht bekämpft. In den Zonen wurde die unterschiedliche Interessenlage der Siegermächte für die Nachkriegsgesellschaft und –ordnung sichtbar, der spätere Kalte Krieg warf seine Schatten voraus.

Willi Sägebrecth als Vorsitzender der KPD-Bezirksleitung **Provinz Brandenburg** führte die Einheitsbewegung der einen Partei, Georg Spiegel als Bezirksvorsitzender der SPD die der anderen. Grundlage waren die Aufrufe der KPD vom 11. Juni 1945 und der SPD vom 15. Juni 1945. Die Zusammenarbeit der Bezirksleitungen ermöglichte praktische Schritte zu einem vertrauensvollen Miteinander. Bei der Durchsetzung der dringenden Erneuerung nach der faschistischen Diktatur - auf der Grundlage des am 16. Juni 1945 vereinbarten Aktionsprogramms - hatte man Erfahrungen mit der Zuverlässigkeit der Partner gesammelt. Die großen Vorhaben der demokratischen Bodenreform, der Enteignung der Industriebetriebe von Kriegs- und Naziverbrechern, der Verwaltungs- und Justizreform sowie der demokratischen Schulreform waren bewältigt oder auf den Weg gebracht. Dabei waren über die

Aktionseinheit hinaus ein Bündnis mit anderen Demokraten entstanden, Verbündete in bürgerlichen Schichten und unter den werktätigen Bauern und Neusiedlern gewonnen worden. Das historische Werk verlangte nach einer vereinten und konsequenten politischen Kraft. Das war Konsens für eine künftige antifaschistisch-demokratische Gesellschaftsentwicklung, für sozialistische Politik - ohne die sofortige Zielstellung der Errichtung des Sozialismus. Hierin unterschieden sich deutlich die Politik der Kommunisten und Sozialdemokraten im Osten von der SPD-Gruppe um Schumacher im Westen. Kurt Schumacher hatte desorientierend den „Sozialismus als Tagesaufgabe“ proklamiert. Er forderte zwar auf einem „1. Nachkriegsparteitag der SPD“ am 9. Mai 1946 (zwei Wochen nach dem regulären 40. Parteitag in Berlin, der die Vereinigung mit der KPD beschlossen hatte) durchaus richtige Schritte: „Die Sozialisierung hat zu beginnen bei den Bodenschätzen und den Großindustrien“ und „Eine grundlegende Agrar- und Bodenreform ist unter Enteignung der Großgrundbesitzer sofort einzuleiten“. Selbst die CDU klebte 1946 in Berlin Wahlplakate mit dem Text: „Das kapitalistische Zeitalter ist vorbei. Dem Sozialismus gehört die Zukunft!“ Jedoch der Fortgang der Geschichte in den Westzonen ist bekannt.

In **Rathenow/Westhavelland** hatten sich nach der Zulassung demokratischer Parteien (Befehl Nr.2 der SMAD vom 10. Juni 1945) die KPD und SPD konstituiert, die CDU und LDPD sowie die Gewerkschaft FDGB neu gegründet und am 14. Juli 1945 in einen Block der antifaschistischen Parteien und Massenorganisationen zusammengeschlossen.

(In den Westzonen wurden Parteigründungen sehr viel später erlaubt, so dass sich die SPD aus den regional schon bestehenden Gruppen erst im Mai 1946 formieren konnte – als Trennung vom Gesamtverband der Partei, deren 40. Parteitag im April 1946 die Vereinigung mit der KPD zur SED beschlossen hatte.)

Der Sekretär des SPD-Bezirks Brandenburg, Friedrich Ebert, begründete 1945 die Notwendigkeit einer einheitlichen Führung der Arbeiterklasse: „Zur Zeit der Aufnahme meiner Arbeit in Potsdam Ende 1945 unterschied sich die Provinz Brandenburg in keiner Weise von anderen Ländern, Provinzen und Dörfern des Deutschland der Nachkriegszeit. Vernichtete Fabriken, zerstörte Wohnungen und verwüstetes Land, wohin man auch blickte. ... Bei den Arbeitern gab es schon Vorstellungen von einer besseren, leichteren Zukunft, von einem anderen Deutschland, in dem das Volk selbst über sein Schicksal bestimmen würde. Alle Menschen warteten förmlich auf verantwortungsbewusste und beherzte Männer und Frauen, die in der Lage waren, ihnen einen Weg aus dem Chaos zu zeigen.“

Über inhaltliche Streitpunkte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten berichtet Willi Sägebrecht (Bezirksvorsitzender der KPD, Mitte 1945 als Mitglied des ZK der KPD kooptiert). Er verwies bei einer öffentlichen SPD-Versammlung in **Forst** auf den Aufruf vom 11. Juni 1945, dass die Diktatur des Proletariats nicht auf der Tagesordnung stehe. „Bevor wir zum Sozialismus gelangen, müssen wir die **Aktionseinheit** der Arbeiterklasse herstellen. Wenn wir uns einig sind, dass wir in der Zukunft den Sozialismus errichten wollen, werden wir auch darin einer Meinung sein, dass dann die Arbeiterklasse die Macht im Staate haben wird.“ Von den Mitgliedern der KPD und den zur Einheit bereiten Genossen der SPD war eine Entschließung vorbereitet worden, die sich zum Aufruf des Einheitsausschusses der KPD und der SPD für die Provinz Brandenburg bekannte und sich für das Zusammenwirken beider Parteien aussprach; sie wurde verabschiedet. Allerdings wurde klar, dass ideologische Differenzen über ihre Klärung beseitigt werden mussten, deshalb

richtete die KPD in Forst eine Kreispartei­schule ein, an der auch Sozialdemokraten hospitieren konnten. Auch sektiererische Überspitzungen waren zu beseitigen, z.B. bei der Besetzung von Verwaltungsfunktionen. Solche Probleme gab es im ganzen Land.

Die Sozialdemokraten hatten einen Erfahrungsvorsprung in der kommunalen Verwaltungsarbeit aus der Weimarer Republik, die Kommunisten beanspruchten Führungs­posten – und wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht auf Grund ihres Vertrauens bevorzugt. Fehlbesetzungen führten naturgemäß zu Diskussionen und Kritik, wie zum Beispiel bei den ersten vom Kommandanten eingesetzten Bürgermeistern in Rathenow (OB Arthur Neumann, KPD, wurde durch Paul Szillat, SPD ersetzt) und Neue Schleuse (Otto Luftmann, SPD, wurde von seinen Genossen abgesetzt – wegen Unfähigkeit und Bestechlichkeit).

Das Drängen der Öffentlichkeit auf eine Einheitspartei wurde immer stärker. Auf einer Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute am 9. Januar 1946 im Rathenower Stadtkasino wurde eine Resolution angenommen, in der es hieß: „Die am heutigen Tag versammelten Betriebsräte und Vertrauensleute begrüßen es, dass die Voraussetzungen für die Einheit der Arbeiterschaft gegeben sind. Wir fordern somit den Zusammenschluß beider Arbeiterparteien zu einer Einheitspartei.“

Am 24. Januar 1946 hatten sich Mitglieder des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) im Stadtkasino versammelt. Einstimmig wurden die Beschlüsse der KPD und SPD vom 20./21. Dezember 1945 in Berlin begrüßt, die die Vereinigung bis zum 1. Mai 1946 forderten.

Bei einer Bauarbeiterversammlung am 16. Februar 1946 beschlossen 65 Rathenower Bauarbeiter eine Resolution, in der es hieß: „Wir erwarten eine baldige Vereinigung der KPD und SPD zum Wohle des gesamten deutschen Volkes.“

In **Premnitz** wurde die Vereinigung bereits im Februar 1946 vollzogen. Die Kommunisten waren schon in der Zeit der Weimarer Republik eine feste Größe mit Rückhalt in der Bevölkerung. Sogar unter den Terrorbedingungen der Nazis nach der Reichstagsbrandprovokation erhielten sie bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 28,4% der Stimmen (SPD 27,7%, NSDAP 36,2%). Vom sowjetischen Kommandanten wurde Arthur Bey (geb. 1899; seit 1922 KPD; 1933 bis 1937 in Haft; danach im Widerstand aktiv) am 10. Mai 1945 als Bürgermeister eingesetzt. Am 1. Juni 1945, also noch vor der Zulassung von Parteien, wurde die Ortsgruppe der KPD gegründet, die SPD-Ortsgruppe folgte am 15. Juni. Bereits am 19. Juni 1945 hielten beide Parteien eine erste gemeinsame Versammlung ab, auf der sich Kommunisten und Sozialdemokraten zur Aktionseinheit bekannten und über die Zukunft des IG-Farben-Werkes berieten. Es sollte Kunstseide produziert werden. Für den zu wählenden Betriebsrat würden Mitglieder beider Parteien neben Parteilosen kandidieren. Man war also früh zur Vereinigung bereit.

Richard Stage (SPD) berichtete: „Nachdem wir am 18. Februar 1946 die Verschmelzung beider Parteien vollzogen hatten, ist hier ein kollegiales Verhältnis unter den Funktionären entstanden, wie es wohl nirgends besser sein kann. Als im vorigen Jahr die Frage der Einheit überhaupt auftauchte, trat der größte Teil der SPD-Genossen, bis auf einige Quertreiber, für die Einheitspartei ein. Ein Teil unserer damaligen SPD-Genossen hatte ja schon lange vor dem Zusammenschluß Gelegenheit, innerhalb des Betriebsrates eng und gut mit den Genossen der KPD zusammenzuarbeiten. Und so wie diese im Betrieb ist, so haben wir sie auch in der Stadt.“

„Komplizierter war die Lage in **Rathenow**“, berichtete Willi Sägebrecht. „Die gemeinsame Funktionärskonferenz von KPD und SPD hatte bereits begonnen, als ich dort ankam. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Paul Szillat hatte heftige provokatorische Ausfälle gegen die Sowjetunion und die KPD unternommen und versucht, alle Schwierigkeiten im Lande den sowjetischen Soldaten zuzuschreiben. Sinngemäß führte er aus, dass die alleinige Schuld für den Machtantritt des Faschismus im Jahre 1933 die KPD trüge, weil sie die SPD ständig wegen ihrer Koalitionspolitik und wegen ihrer Politik des ‚kleineren Übels‘ angegriffen hätte. Dann sprachen Genossen der KPD, wie (Otto) Weber, der ultralinke Auffassungen vertrat, und der alte Genosse Karl Gehrman, und verlangten, dass sich alle Mitglieder der SPD vor der Vereinigung zur Diktatur des Proletariats bekennen sollten. Ohne deren Anerkennung gäbe es auch keine einheitliche marxistische Partei, meinten sie. Es entstand großer Tumult, die Konferenz drohte aufzuliegen. Mit Recht empörte sich ein großer Teil der SPD-Mitglieder. ... Nach einer gründlichen Diskussion endete auch diese Versammlung mit einem guten Ergebnis. Der Einheitsausschuß konnte im Kreis Rathenow/ Westhavelland gebildet werden.“ Auch in Rathenow wurde eine Kreispartei-schule der KPD eingerichtet, um allen Mitgliedern die Strategie und Taktik der Partei zu erläutern und sie mit den Grundfragen der Politik der Partei vertraut zu machen.

In **Potsdam** fand am 29. November 1945 eine Funktionärskonferenz der KPD statt, wo es auch um die Festigung der Aktionseinheit ging. Willi Sägebrecht referierte, Walter Ulbricht nahm zum Verhältnis zwischen KPD und SPD Stellung. Als falsche und spalterische Aufgabenstellung von Kurt Schumacher und seinen Anhängern wurde die Parole vom „Sozialismus auf der Tagesordnung“ benannt, die auch in der Provinz Brandenburg verbreitet war. Zuvor hatte der erste Bezirksparteitag der SPD am 3. und 4. November 1945 klar der von Friedrich Ebert und Georg Spiegel benannten Notwendigkeit des einheitlichen Handelns der beiden Arbeiterparteien und der baldigen Vereinigung zugestimmt.

Die erste **Sechzigerkonferenz** (paritätisch von beiden Parteien durch gewählte Delegierte besetzt) des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD vom 20./21. Dezember 1945 hatte den Zeitplan beschlossen: Zusammenschluß bis zum 1. Mai 1946. Im Februar 1946 bildeten die beiden Parteien ein Organisationsbüro zur Vorbereitung der Vereinigung in der Provinz Brandenburg, zu Sekretären wurden Kurt Laube (KPD) und Karl Gadow (SPD) gewählt.

Nun wurde es ernst für die Gegner der Einheitspartei. Die Schumacher-Gruppe gab die Losung aus, vor der Vereinigung eine Urabstimmung durchzuführen. Eine andere Parole war, die ersten freien Wahlen abzuwarten, um das Kräfteverhältnis SPD-KPD beziffern zu können. Zwischen den Funktionären des Zentralvorstandes des SPD und des Zentralvorstandes der KPD bestand jedoch Übereinstimmung, dass man bei dieser historischen Aufgabe nichts zu verheimlichen hätte und sich offen zur Einheit der Arbeiterklasse bekennen würde. Willi Sägebrecht berichtete über eine entgegen dem Beschluß durchgeführte Aktion: „Im Kreis Angermünde ließen sich die Genossen der SPD beeinflussen und führten selbständig, ohne Wissen des Einheitsausschusses, eine geheime Abstimmung über die Vereinigung durch. Diese Abstimmung auf einer Konferenz der SPD ergab jedoch eine sehr große Mehrheit für die Vereinigung.“ Er erinnerte auch daran, dass es in den Randgebieten von Berlin besondere Schwierigkeiten gab, vor allem in Niederbarnim, Teltow und Osthavelland sowie in der Stadt Potsdam. „Hier wurde ständig von Westberlin aus auf die Mitglieder der SPD eingewirkt, sich auf keinen Fall auf eine Vereinigung einzulassen,

sondern erst allgemeine bürgerlich-demokratische Wahlen abzuwarten.“ Aber die Einheitsbewegung war nicht mehr aufzuhalten. Die Gegner konnten sich ihr nur noch versagen und nicht Mitglied der Einheitspartei werden.

In **Rathenow** fand die erste gemeinsame Mitgliederversammlung der KPD und SPD am 7. März 1946 im Speiseraum der späteren Rathenower Optischen Werke statt. Friedrich Ebert hielt das Referat „Grundsätze und Ziele der neuen Einheitspartei“ und führte aus: „Vom Schicksal wurde uns die Aufgabe gestellt, nicht nur ein Land aufzubauen, sondern auch die Revolution zu gestalten. Das nahe Ziel ist die Demokratie, ihr Endziel ist die sozialistische Gesellschaftsordnung. ... Wir müssen uns alle verändern. Wir müssen uns selbst revolutionieren. Wir müssen über unseren Kreis hinauswachsen in die große Gesellschaft des Sozialismus. Zur Lösung dieser Aufgabe ist das Ganze notwendig. ... Wir müssen dann weiterarbeiten, damit wir zu unserem Ziel, dem Sozialismus, gelangen. Der Weg dazu ist die Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse. Sie wird, wenn nötig, zu revolutionären Mitteln greifen, wenn der Kapitalismus den demokratischen Boden verlässt.“ Der KPD-Vorsitzende Otto Seeger schloß die Versammlung: „Wenn wir die Einheit der sozialistischen Partei ins Leben rufen, die geboren ist in den Konzentrationslagern, die entstanden ist durch die Zusammenarbeit der Funktionäre der KPD und SPD, wenn wir diese Einheit am 1. Mai 1946 bekräftigen unter dem Banner der sozialistischen Arbeiterschaft, dann wollen wir uns darüber im Klaren sein, dass unser einheitlicher Weg zum Ziel führen wird.“

Der Einheitsprozeß im damaligen Kreis **Rathenow/Westhavelland** wurde am 24. März 1946 abgeschlossen. Zuvor hatten sich – die Vereinigung vollzog sich von unten nach oben – insgesamt 74 ländliche Ortsgruppen der KPD (1.824 Mitglieder) mit 47 ländlichen Ortsgruppen der SPD (1.330 Mitglieder – jeweils ohne Rathenow) zusammengeschlossen. 220 Genossen beider Parteien kamen zur Kreisdelegiertenkonferenz im Bellevue-Theater zusammen. Für die KPD und die SPD sprachen Otto Seeger und Genosse Wilhelmy. Der Beschluß zur Einheitspartei wurde einstimmig gefasst. Darin hieß es: „Die Ereignisse der letzten 30 Jahre haben uns gezeigt, dass die Arbeiterklasse ihre historische Aufgabe, die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft nur verwirklichen kann, wenn sie sich eine zielklare, einheitliche Partei schafft, die auf der Grundlage des Marxismus die Arbeiterklasse, die Bauern und die werktätige Intelligenz von den Fesseln des Kapitalismus befreit. Die Reaktion und ihre Helfershelfer, die separatistischen und Schumacher-Leute versuchen, mit allen Kräften die Einheit der Arbeiterklasse zu stören. Trotz schwierigster Bedingungen in den westlichen Zonen des Reiches ist der Einheitswille der Arbeiterklasse so stark, dass auch die letzten Bastionen des Widerstandes hinweggeschwemmt werden.“

In den Kreisvorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurden als paritätische Vorsitzende Otto Seeger und Kurt Bradler gewählt. Organisationssekretär wurde Bruno Brauner, Sekretär für Werbung und Schulung wurde Adolf Kleemann, Frauensekretärin wurde Gertrud Klicks. Weitere Mitglieder des Kreisvorstandes wurden Otto Ganske, Karl Köppke, Gertrud Grothe, Gustav Wieprecht sen., Dietrich Wagschal, Willi Osterburg (für Jugendarbeit), Willi Klewe und Georg Wolf. Den symbolischen Händedruck beider Vorsitzender begleitete das gemeinsame Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“.

(Die Mitgliederentwicklung der SED zeigt das Vertrauen der in die Partei Eintretenden, mit der Partei die Zukunft gestalten zu können: 1. Mai 1946: 3.528 Mitglieder;

Juni/Juli 1946: 5.112 Mitglieder in 78 Ortsgruppen, davon in Rathenow 1.376 Mitglieder.)

Dem Vereinigungsparteitag für die **Provinz Brandenburg** war am 16. Februar 1946 eine gemeinsame Konferenz von Funktionären der KPD und SPD vorausgegangen, die entscheidend wurde für den Fortgang der Einigungsbewegung. Das Organisationsbüro nahm seine Arbeit auf. Im weiteren Prozeß folgte am 7. April 1946 in Potsdam die Vereinigung der rund 150.000 Mitglieder beider Parteien.

Den Abschluß bildete am 21. und 22. April 1946 im **Berliner Admiralspalast** (damals Staatsoper) in der Friedrichstraße der **Vereinigungsparteitag** der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Sie hatte nunmehr in der sowjetischen Besatzungszone 1.289.000 Mitglieder (Stand vom 7. April 1946).

Den Bericht der Statutenkommission erstattete Paul Szillat.

Zur Person:

Szillat (geb. 1888) war ein prominenter Sozialdemokrat mit reichen landes- und kommunalpolitischen Erfahrungen. Von Beruf Feinmechaniker, seit 1910 SPD-Mitglied, war er nach der Novemberrevolution 1918/19 Bezirksverordneter in Berlin. 1920 kam er als Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes nach Rathenow. 1921 wurde er als Kreistagsabgeordneter und 1924 als Stadtverordneter gewählt, wo er den Fraktionsvorsitz übernahm. Ebenfalls 1924 gewann er ein Mandat im Preußischen Landtag. 1928 wurde er Finanzdezernent der Stadt Rathenow und ab 1932 Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg. Im preußischen Landtag trat er am 18. Mai 1933 als SPD-Fraktionsvorsitzender ans Rednerpult und begründete im Namen seiner Partei die Ablehnung von Hitlers Ermächtigungsgesetz für Preußen. Nach dem SPD-Verbot wurde Szillat im Juni 1933 von den Faschisten verhaftet und ins KZ Oranienburg deportiert. Anfang August 1933 entlassen, stand er fortan unter Polizeiaufsicht. Seine folgende illegale Tätigkeit blieb unentdeckt. Er wohnte in seinem Haus Fritz-Perl-Straße 12 (Immanuel-Kant-Str.) und arbeitete als Geschäftsführer einer Firma in Berlin-Tempelhof. 1945 wurde er zunächst als stellvertretender Landrat und ab Juni (Arthur Neumann nachfolgend) vom sowjetischen Stadtkommandanten als Oberbürgermeister in Rathenow eingesetzt.

Szillat unterstrich den demokratischen Prozeß in der vertrauensvollen Zusammenarbeit von SPD- und KPD-Mitgliedern in Vorbereitung des Parteitages bei der Diskussion des von den zentralen Leitungen vorgelegten Parteistatutes. Er begründete Veränderungsvorschläge aus den Kreiskonferenzen und Bezirksparteitagen, die die unterschiedlichen Organisationsformen der beiden bisherigen Parteien, nämlich Ortsvereine (SPD) und Betriebsgruppen (KPD) betrafen. Nunmehr sollte die Schlagkraft der SED durch Betriebsparteiorganisationen erhöht werden, die als Untergliederungen der Ortsgruppen arbeiten sollten. (Gegen 21 Stimmen bei 4 Enthaltungen beschlossen.) Paul Szillat wurde auf Vorschlag des 20. Parteitages der SPD – die KPD hatte ihre Kandidaten auf ihrem 15. Parteitag vorgeschlagen – in den Parteivorstand der SED gewählt. Er war paritätisch zusammengesetzt, außerdem waren 20 der 80 Vorstandsmitglieder aus den Westzonen, aus denen 233 Delegierte kamen.

Nach dem Vereinigungsparteitag bildete ein „Froher Ausklang“ im „Palast“ (später Friedrichstadtpalast genannt) vor 3.000 Besuchern den Abschluß. Otto Grotewohl und

Wilhelm Pieck sprachen. Grotewohl endete: „Ich wiederhole hier einige Worte, die uns aus dem Westen immer entgegen getragen wurden und die ich schon auf dem Parteitage der früheren Sozialdemokratischen Partei vorgestern gesprochen habe, als man nämlich uns aus dem Westen zurief, nunmehr sei die Sozialdemokratische Partei am Karfreitag in Berlin ans Kreuz geschlagen. Nein, Genossinnen und Genossen, selbst wenn man mit solchen biblischen Einsichten Politik machen will, kann man auch immer noch sagen, dass diese Kreuzigung des Menschensohnes nur den Zweck verfolgte, die Menschheit zu befreien und sie für das himmlische Dasein zu gewinnen. Nun schön, wenn die SPD ans Kreuz geschlagen ist, wir wollen aber nicht die Menschen und das deutsche Volk für die himmlische Sicherheit gewinnen, sondern unsere Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, dass jeder Mensch, der arbeitet, zunächst einmal auf dieser Erde sein Brot und sein Heim findet. Das möge die Erkenntnis sein, ... dass ... heute, am Ostertage, die herrliche Auferstehung der deutschen geeinten Arbeiterklasse erfolgt ist.“ Und so finden sich in den „Grundsätzen und Zielen der SED“ als „Gegenwartsforderungen“: Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher, Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Vernichtung des reaktionären Militarismus, Ausbau der Selbstverwaltung, Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamt-deutschen Regierung, ... Sicherung der demokratischen Volksrechte, ... schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker. Unter dem Punkt „Der Kampf um den Sozialismus“ heißt es: „Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert. Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung.“

Natürlich waren im Vereinigungsprozeß nicht alle Widersprüche, unterschiedliche Auffassungen und Streitpunkte ausgeräumt worden. Die Gegner einer einheitlichen Partei in SPD und KPD traten der SED nicht bei oder versuchten, in der SED die Parteilinie zu verändern.

In **Berlin** waren in der SPD die Einheitsgegner so stark, dass sie ihre Parteistruktur beibehielt. In den Westsektoren wurde sie von den Besatzungsmächten unterstützt. Der SED schloß sich nur eine Minderheit der Sozialdemokraten an. Im Ostsektor blieb eine Minderheit der SPD-Mitglieder in eigenen Bezirksgruppen, so dass in allen östlichen Bezirken SPD-Büros bis 1961 bestanden, die erst nach dem Mauerbau ihre Arbeit einstellten. In Westberlin formierte sich dann aus der SED die Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW).

In **Rathenow/Westhavelland** waren ebenfalls nicht alle SPD-Mitglieder in die SED gegangen. Die Konflikte in der Partei brachen erst auf, als die kommunistische Linie zur Entwicklung einer „Partei neuen Typs“ ab etwa 1948 durchgesetzt wurde. Austritte von Sozialdemokraten folgten, da die paritätische Besetzung von Funktionen aufgehoben wurde und ehemalige SPD-Mitglieder sich ausgegrenzt und unter dem Generalverdacht eines „Sozialdemokratismus“ als feindlicher Ideologie fanden. Auch „Reformismus“ galt als parteifeindlich. Natürlich fielen alle früheren Anhänger von Schumachers Parolen unter diesen Vorwurf, z.B. Otto Luftmann aus Neue Schleuse, (der nach Westberlin ging), und Gustav Wiesner aus Premnitz (der den Schritt zur SED gegangen war), aber schließlich auch Paul Szillat aus Rathenow, der

Befürworter – und als stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirksverbandes Brandenburg aktiv Handelnder – im Einheitsprozeß, der seine sozialdemokratischen Traditionen hoch hielt, seit 1946 Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission der SED-Parteivorstandes und Abgeordneter des brandenburgischen Landtages war.

An dieser Stelle

*ist eine Erläuterung notwendig, die den Zwiespalt im Kurs der SPD darstellt:
(Eingefügt im Juni 2007)*

Die Niederlage der deutschen Arbeiterklasse 1933 war die Niederlage ihrer Parteien. Während die KPD ihren Übergang in die Illegalität organisierte, setzte die SPD immer noch auf das Legalitätsprinzip. Die Parole vom „Abwirtschaften“ der Nazis und damit ihrem politischen Ende – verkündet vom SPD-Parteivorstand – saß verhängnisvoll in den Köpfen der meisten sozialdemokratischen Funktionäre. Schon der Weggang von Otto Wels und dem „Exilvorstand“ führte zu innerparteilichen Querelen. Wels hatte den Exilvorstand am 21. Mai 1933 in Prag konstituiert, die zurückgebliebenen Funktionäre stritten um die Führung der Partei. Der Streit eskalierte. Paul Löbe: „...die Sozialdemokratie dient im Inland ihrer Sache mehr.“ Franz Künstler: „Flucht führender Genossen hat bei den Arbeitern Empörung ausgelöst.“ Georg Schmidt: „Emigrationspolitik ist eine Politik der Feigheit.“

Am 19. Juni 1933 hielt die „Löbe-SPD“ in Berlin eine Reichskonferenz ab. Die Stimmung gegen die Parteimitglieder im Exil war sehr gereizt. Löbe: Schon Otto Wels habe am 23. März 1933 das „Angebot der legalen Zusammenarbeit“ an die NS-Regierung gerichtet, die Restfraktion habe am 17. Mai mit den Nazis gestimmt. Deshalb wurde der Exil-Parteivorstand für abgesetzt erklärt und anschließend ein „rein arisches“ (!) Führungsgremium („Direktorium“) gewählt: Paul Löbe, Max Westphal, Johannes Stelling, Franz Künstler, Paul Szillat und Erich Rinner (der einzige Gegner des Löbe-Kurses).

Drei Tage später, am 22. Juni 1933, wurde die SPD verboten. Löbe, Westphal, Künstler und Szillat wurden festgenommen und ins KZ Oranienburg verschleppt. Stelling, früherer Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, wurde von SA-Leuten auf bestialische Weise umgebracht: Am 22. Juni während der „Köpenicker Blutwoche“ ermordet. Erich Rinner entkam nach Prag.

Es dauerte bis in das Jahr 1934, ehe sich die SPD-Führung in Prag durchrang, ihre Position im künftigen Kampf zu formulieren. Die sich nun „SOPADE“ nennende SPD verabschiedete am 20. Januar 1934 ihr „Prager Manifest“ mit dem Titel: „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“ Sie näherte sich dem revolutionären Marxismus an. Sie machte die reformistische Politik der Weimarer SPD für die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung verantwortlich. Sie nannte als Ziel die Eroberung der Staatsmacht zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft. Sie rief zur Einheitsfront mit Kommunisten und oppositionellen Linksgruppen. Sie erklärte die Einigung der Arbeiterklasse zu einer neuen revolutionären Partei „zum zentralen Programmpunkt“.

Daß diese Linie nicht lange Bestand hatte, wissen wir. Bemerkenswert ist die (späte) Klarsicht der SPD-Führung zu Aktionseinheit und Einheitsfront.

Wir können davon ausgehen, dass Paul Szillat schon 1933 die Zeichen der Zeit verstanden hatte. So war sein Schritt an die Spitze der Befürworter einer Einheitspartei innerhalb der SPD 1945/46 folgerichtig.

(Quelle: „Sozialistische Mitteilungen“, Kapitel 2, auf der Geschichtsseite der SPD im Internet)

Paul Szillat ließ sich als erfahrener Oberbürgermeister nicht in seine Verwaltungskompetenz hineinreden und hatte einen Apparat aufgebaut, der die schwierige Arbeit der Nachkriegszeit zu bewältigen vermochte. Szillat hatte eine neue Form transparenter Verwaltungsarbeit entwickelt. Er legte halbjährig öffentlich Rechenschaft über die Arbeit der Stadtverwaltung ab, erstmals wird von den „Rathenower Nachrichten“ die „Rechenschaftsversammlung der Stadtverwaltung“ am Sonntag, dem 6.2.49, im Bellevue-Theater angekündigt: „Sachliche Kritik ist das Mittel zur Verbesserung der Arbeit. Darum anschließend freie Aussprache.“ „Leider“, berichtet das Blatt eine Woche später, „haben die Einwohner Rathenows trotz stärksten Besuchs von der Möglichkeit ... nur geringen Gebrauch gemacht und die erwartete Kritik blieb aus.“ Szillat nahm ausführlich Stellung zur drohenden Spaltung Deutschlands durch Ruhr- und Besatzungsstatut der Westmächte und stellte die sowjetische Besatzungsmacht in ihrem Festhalten an den Potsdamer Beschlüssen als Interessenvertreterin auch des gesamten deutschen Volkes heraus.

Am 4. November 1949 hielt Szillat im volkseigenen Betrieb ROW den Rechenschaftsbericht der Verwaltung: „Wir, die wir aus den Betrieben, aus Ihren Reihen hervorgegangen sind, geben Ihnen Rechenschaft über die von uns geleistete Arbeit.“ Ab 25. November 1949 schloß jede Stadtverordnetenversammlung mit einer öffentlichen Aussprache: „Der Bürger hat das Wort.“

Im März 1950 wurde die Rechenschaftslegung der Stadtverwaltung in einzelne Betriebe verlegt – mit unterschiedlichem Echo. Im VEB Kesselschmiede und Apparatbau waren einschließlich VEB Havelhütte und VEB Permutit 400 Kollegen vertreten, von denen sich 27 zu Wort meldeten. Im ROW waren nur 150 erschienen, 10 diskutierten. Im Reißverschlußwerk waren wie in der Konsum-Mühle 50% der Belegschaften anwesend, insgesamt 9 meldeten sich zu Wort.

Szillats Verwaltung suchte nach effektiven Formen der Öffentlichkeitsarbeit und stärkerer Einbeziehung der Bürger. Warum dann die Kampagne gegen den Oberbürgermeister? Die Anschuldigungen lauteten: Sozialdemokratismus und Reformismus.

Zum Begriff:

Das „Kleine politische Wörterbuch“, Dietz Verlag Berlin 1973, definiert:

Sozialdemokratismus: spezifische Spielart bürgerlich-imperialistischer Ideologie und Politik, die von rechten sozialdemokratischen Führern praktiziert wird und dem Wechselverhältnis von Imperialismus und Opportunismus entspricht. Der S. ist dem Marxismus-Leninismus von Grund auf feindlich. Er zielt darauf ab, die Arbeiterklasse geistig zu entwaffnen, die Spaltung ihrer Reihen zu vertiefen und die Werktätigen in den Fesseln der bürgerlichen Ideologie zu halten. ...

Reformismus: Erscheinungsform bürgerlicher Ideologie und Politik in der Arbeiterbewegung. Der R. vertritt die Auffassung, dass die Arbeiterklasse auf dem Weg über Reformen zum Sozialismus gelangen kann, und lehnt die proletarische Revolution ... ab.

Die Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung des SED Rathenow kommt 1976 und 1982 – also in rückgewandter, an der aktuellen Linie orientierter Betrachtung zu schlimmen Urteilen. „Über die Tätigkeit dieses Reformisten und Agenten des Ostbüros der SPD“ lässt man Max Otto zu Wort kommen: „Szillat hat es meisterhaft verstanden, mit der Parole vom Kampf mit den geistigen Waffen große Teile der Rathenower Werktätigen mit der Illusion irreführen, dass man ohne den revolutionären Kampf zum Sozialismus gelangen kann.“ Also ein „Reformist“. Otto wirft ihm dann Personenkult vor und macht ihn persönlich dafür verantwortlich, dass die SPD 1932

die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten unterstützt hat. Er wirft ihm mangelnde Kenntnis des Marxismus-Leninismus vor. Er wäre zu intelligent gewesen, sich der Vereinigung der Parteien entgegenzustellen und hätte eine vereinigte Arbeiterpartei im Sinne der Reformisten angestrebt. „Um dies zu erreichen, wünschte er eine möglichst zahlenmäßig stärkere SPD in der Vereinigten Arbeiterpartei, die die wichtigsten und meisten Funktionen besetzen könnte.“ Szillat hätte sich geweigert, die „Geschichte der KPdSU“ zu lesen!

1982 beschrieb die Kommission das Jahr 1948 als entscheidendes Jahr der Formierung zur marxistisch-leninistischen Kampfpartei. „Die Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen des Opportunismus und Sozialdemokratismus erreichten in der Kreisparteiorganisation Rathenow/Westhavelland in den Jahren 1948 und 1949 ihren Höhepunkt. Der führende Vertreter dieser Gruppe des Opportunismus und Sozialdemokratismus war der damalige Oberbürgermeister Szillat. Er verkörperte den Prototyp dieser ... so schädlichen Erscheinungsformen.“ Man warf ihm vor, am 18. August 1945, also lange vor der Vereinigung, auf dem Bahnhofsvorplatz bei der Gedenkkundgebung für Ernst Thälmann und Rudolf Breitscheid nur den ermordeten Breitscheid namentlich genannt zu haben. „Seine weiteren Ausführungen gipfelten unter anderem darin, dass seiner Meinung nach nur eine Partei den maßgeblichen Einfluß ausüben könne, in welcher die SPD die Mehrheit der Funktionäre stelle.“ Die SED wäre in unserem Kreis seit 1946 nur formal eine Einheit. Ein kleiner Klüngel von Verwaltungs- und Wirtschaftsfunktionären wäre durch Szillat in diese Positionen gelenkt und gehalten worden. In dem Manuskript von 1982 findet sich eine weitere Feststellung der Verfasser Kurt Keil, Fritz Nordmann und Karl Schuster: „Erschwerend“ (im Prozeß der Überwindung faschistischer Ideologie) „wirkte sich die Tatsache aus, dass Rathenow eine Hochburg des Sozialdemokratismus war. In dieser Richtung wirkten besonders negativ die Mitglieder der rechten sozialdemokratischen Führung in unserer Stadt. Hier war dies die Führungsgruppe um den SPD-Mann Szillat, die eine starke opportunistische Haltung einnahm und sie auch wirken ließ. Eine konsequente Umwälzung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur lehnten sie ab und setzten alles daran, möglichst ‚neutral‘ zu bleiben.“

Die Landespartei kontrollkommission stellte im Oktober 1948 fest, „dass in Rathenow zwei Parteileitungen existierten, das Kreissekretariat der SED und eine sozialdemokratische Fraktion mit Paul Szillat an der Spitze, die eine eigene Fraktionsleitung hatte.“ Man warf ihm vor, den mit Funktionsverbot aus dem Landesvorstand der SED geworfenen Genossen Häusler als Fraktionsvorsitzenden im Stadtparlament unterstützt und als Direktor der KWU empfohlen zu haben. Es kam noch bizarrer: Szillat hätte das „klassen- und parteifeindliche Element Winter, „der von 1926 bis 1936 für deutsche Firmen in der Sowjetunion tätig war, ... – ohne Schwierigkeiten mit der Gestapo zu haben – weil er sicher ihr Agent war“ (!) aus dem amerikanischen Sektor Berlins als Direktor der ROW empfohlen, ohne dass er Parteimitglied war. Das wäre er mit Bürgschaft von Szillat erst 1947 geworden. Auch der kaufmännische Direktor der ROW, Leuschner (während des Krieges Handelsvertreter eines großen Konzerns im Ausland), wäre von Szillat geholt und „eingebaut“ worden. „Szillats Sohn wurde, nachdem er vorher lange Zeit Gewerkschaftssekretär in Hamburg war, als Leiter der ‚Optevog‘ eingesetzt. Bei der Überprüfung ergab sich, dass einer für den anderen bürgte.“ Als OB und Mitglied des Parteivorstandes hätte er sich eine Macht geschaffen. „Er spielte den Pascha und umgab sich mit Leuten, die seine Lakaien waren.“ Noch blöder war der Vorwurf, Szillat hätte eine

Formulierung in der EntschlieÙung zum III. Parteitag zu verantworten: „Die DDR ist die höchste Organisationsform der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.“ Ansonsten würden Winter und Leuschner in den ROW, „über deren SED-Betriebsgruppe Szillat die Patenschaft hatte“, ein diktatorisches Regime zum Schaden des Betriebes führen. Und die infamste Beschuldigung durch die Hintertür einer persönlichen Verantwortung lautete: „Insgeheim wurde von dieser Gruppierung eine Propaganda entfaltet, die den volkseigenen Sektor als unrentabel und als Ausbeuterbetrieb hinstellte.“

Die „Abrechnung“ folgte auf der erweiterten Landesvorstandssitzung im Oktober 1948 „schonungslos“. Die Funktionärsversammlung in Rathenow folgte im gleichen Monat. Mit „Schlußfolgerungen für die Entwicklung der Partei neuen Typus im Kreis“ wurden Maßnahmen eingeleitet, „die im Sommer 1950 zum Abschluß gebracht wurden.“ Mit einem „ProzeÙ gegen Szillat und einen Teil seiner Komplizen wegen umfangreicher Wirtschaftsvergehen“. Man beachte die willkürliche Vermischung politischer mit angeblichen wirtschaftlichen „Vergehen“!

Können wir die Diffamierungen aufklären, die Hintergründe der Kaltstellung Szillats (und anderer) erkennbar machen? Versuchen wir es.

Szillat war ein Mann, der es gewohnt war, ungeschminkt seine Meinung kundzutun. So kritisierte er ohne Scheu Übergriffe sowjetischer Stellen beim Aufbau von Selbstverwaltungsorganen, beklagte im Mai 1947 die andauernden Demontagen der Besatzungsmacht, die zu einer dramatischen Verschlechterung der Versorgungslage und damit der Stimmung der Bevölkerung Ostdeutschlands führten.

(Vermutlicher Hintergrund für die Klage:

Am 25. Mai 1946 hatte Militärgouverneur Lucius D. Clay in der US-amerikanischen Besatzungszone die sofortige Einstellung der Demontage deutscher Industrieanlagen verfügt. Der Grund liegt auf der Hand: Westdeutschland wurde als Operationsbasis für den sich anbahnenden „Kalten Krieg“ aufgebaut – nach ND 27./28.5.06

Am 6. September 1946 proklamierte der US-amerikanische Außenminister James F. Byrnes in seiner „Stuttgarter Rede“ den Weg zu einem Westzonenstaat. Byrnes wandte sich gegen die in der sowjetischen Zone erfolgenden Reparations-Entnahmen aus der laufenden Produktion – ND 9./10.9.06)

Mehrfach kritisierte er auch Stagnationserscheinungen innerhalb der SED. Als unmöglich empfand er, dass „ein Teil unserer Genossen, und zwar beiderseitig, sich noch nicht daran gewöhnen kann, sich gegenseitig als Parteigenossen zu betrachten, sondern immer noch die kleinliche Frage aufwirft: ‚Wo hat deine Wiege gestanden?‘“ Im September 1948 wurde die Zentrale Parteikontrollkommission gebildet, von der er verlangte, dass nicht nur solche Genossen vertreten sein sollten, „die ideologische Kenntnisse der Partei besitzen, sondern auch solche Umgangsformen haben, dass sie bei den Genossen ... nicht den Eindruck erwecken, als kämen Kriminalkommissare“. Das waren unerhörte Worte. Doch Szillat wehrte sich vergeblich gegen die Umwandlung der SED in eine „Partei neuen Typus“ und blieb bis zuletzt ein einsamer Mahner im Parteivorstand.

Zur Erläuterung: Das Modell der „Partei neuen Typus“ übernahm die SED von der KPdSU. Als „marxistisch-leninistische Kampfpartei“ sollte zunächst eine Kaderpartei mit straffer zentralistischer Führung entstehen, aus der alle „abweichlerischen“ Elemente zu entfernen sind. Das war die Übernahme des Stalinismus, dem die KPD-Genossen offener gegenüberstanden als die ehemaligen Sozialdemokraten. Die Geschichte beider Parteien erklärt die jeweilige Haltung. Das gemeinsame Leiden vieler Genossen in den faschistischen KZ führte zur Bereitschaft für eine einheitliche Partei, nicht aber zur einseitigen Übernahme eines Modells entgegen den eigenen Vorstellungen. Aber eben

auch unter den Bedingungen eines verschärften Klassenkampfes, vor allem durch den deutschen Nachbarn forciert, blieb der gewünschte Pluralismus – beruhend auf gemeinsamen Grundsätzen – auf der Strecke.

Anfang Juni 1950 bestätigte man Szillat noch eine gute kommunalpolitische Arbeit, bemängelte aber seine politische Einstellung, „da er sich noch nicht von der alten Linie der Sozialdemokratie vor 1933 gelöst hat.“ Er sollte durch intensive Parteilernen auf den richtigen Kurs geführt werden. Der SED-Kreisvorstand Rathenow/Westhavelland urteilte schärfer: „Genosse Szillat ist ein Genosse, der seine Verwaltungsarbeit vor die der Partei stellt. ... Seine Entwicklung ist abgeschlossen und entspricht einem Genossen mit starken Tendenzen zum Sozialdemokratismus.“

Die politische Verurteilung führte zu direkten Angriffen in der „Märkischen Volksstimme“ am 22. Juli 1950: „Objektivismus und Sozialdemokratismus in Rathenow“. Am nächsten Tag sollte das Stadtparlament zur turnusmäßigen Sitzung zusammentreten. Das wurde verhindert. Die „Rathenower Nachrichten“ schoben am 24. (!) Juni 1950 eine Meldung ein: „Aus verwaltungstechnischen Gründen wird die auf Freitag, den 23. Juni 1950 angesetzte Stadtverordneten-Versammlung vertagt.“ Das hatte die SED-Kreisleitung bewirkt, um Szillat am Wochenende auf der Kreisdelegiertenkonferenz der SED (24./25. Juni 1950) zu demontieren. Die Grußadresse der Stadt an die Konferenz wurde wie üblich in dem Blatt veröffentlicht, aber schon nicht mehr vom Oberbürgermeister unterzeichnet, sondern mit „Stadtverwaltung Rathenow“. Im Nachhinein untrügliche Zeichen.

Die politische Hinrichtung des Genossen Paul Szillat vollzog die SED-Kreisdelegiertenkonferenz Rathenow/Westhavelland unter dem Motto „Kompromisslose Kritik stärkt die Partei“. Die Redner verurteilten das parteischädigende Verhalten, eine optische Arbeiterin übernahm die Rolle der Antragstellerin: Ausschlussverfahren. Vorsichtige Kritiker unter den Delegierten wurden mit inquisitorischen Fragen ruhig gestellt.

Nun sollte der Rathenower Oberbürgermeister kriminalisiert werden, um ihn als Stadtoberhaupt auszuschalten. Am 27. Juni 1950 (fast auf den Tag genau 17 Jahre nach seiner Verschleppung ins KZ) wurde Paul Szillat zusammen mit seinem Sohn Hans und anderen Kommunalfunktionären verhaftet wegen „schwerer Wirtschaftsvergehen“. Nachgeschoben wurde der Vorwurf, Szillat hätte Goldreserven der Rathenower Optischen Werke der sowjetischen Besatzungsmacht vorenthalten. Der brandenburgische Landtag hob die Immunität des 62-Jährigen auf.

Anfang November 1950 wurden „wegen umfangreicher politischer Schädlingearbeit, Agenten- und Sabotagetätigkeit oder deren Unterstützung“ folgende Genossen aus der SED ausgeschlossen: Paul und Hans Szillat, Willi Weidland, Willi Häusler, (Frakt.-vors. d. SED in der Stadtverordnetenvers.), Hermann Lübke, Wilhelm Winter (ROW-Direktor), Heinz Ramlow, Georg Kroschinski, Oswald Leuschner (kfm. Direktor ROW), Peter Ames (Vorsitzender d. Stadtverordnetenvers.) Otto Sommer und Karl Renziehausen (Stadtverordneter).

Ein Jahr später, am 13. November 1951, erfolgte die Verurteilung von Paul und Hans Szillat zu acht bzw. vier Jahren Zuchthaus. Der Prozeß war nicht öffentlich, die Presse berichtete nicht vom Verlauf. Offensichtlich, weil alle Vorwürfe an den Haaren herbeigezogen waren wie auch die Behauptung, Hans Szillat hätte versucht, Gold-Doublé in einem Juweliergeschäft am Westberliner Bahnhof Zoo zu verkaufen. Der Belastungszeuge, der dies im Prozeß behauptet hatte und damit überhaupt die

Anklage ermöglichte, wurde später von der Ehefrau Szillats in Lübeck ermittelt und 1955 vom Hamburger Landgericht wegen Meineids verurteilt.

Ende April 1956 erließ DDR-Präsident Wilhelm Pieck eine Amnestie. Paul Szillat wurde entlassen und verließ die DDR, den Staat auch seiner früheren Hoffnung. Enttäuscht und zutiefst verletzt ging er nach Westberlin, wo er knapp anderthalb Jahre später, im Januar 1958, verstarb.

1990 wurde er gemeinsam mit seinem Sohn durch die Schiedskommission des Rathenower PDS-Kreisvorstandes politisch rehabilitiert. Die Schuld der SED konnte damit nicht abgetragen werden. Aber wir ehemaligen SED-Mitglieder gestanden unsere Scham ein. Eines der Mitglieder der Schiedskommission war Willi Osterburg, damals in der Stadtverwaltung unter Paul Szillat der Rathenower Kämmerer. Ihn hatte man vor der Aktion gegen den Oberbürgermeister auf eine Parteschule geschickt. Als Entlastungszeuge, der er indirekt hätte sein können, wollte man ihn beim Prozeß nicht haben. Er sorgte mit Heinz Schirrholz und anderen Genossen dafür, mit diesem bösen Kapitel SED-Politik rückhaltlos abzurechnen. Hans Szillat nahm die Entschuldigung entgegen. Die Kassation des Zuchthausurteils erfolgte im April 1992.

Ich habe das Schicksal von Paul Szillat so ausführlich dargestellt, weil hieran das Scheitern unseres Gesellschaftsentwurfs sichtbar wird. Geradezu exemplarisch ist das Erkennen, dass der Stalinismus aus Genossen Feinde machte. Die Gleichberechtigung des Anfangs der Arbeitereinheit blieb ab dem Moment auf der Strecke, wo die Diktatur des Proletariats – theoretisch die höchste Form der Demokratie für die große Mehrheit des Volkes – in der Praxis zur Herrschaft des Politbüros der SED über Volk und Staat wurde. An der bitteren Erkenntnis ändern auch nichts die demokratischen Reformen der Nachkriegszeit mit „Junkerland in Bauernhand“, der Brechung des bürgerlichen Bildungsmonopols, der Enteignung kapitalistischer Betriebe der Grund- und Schlüsselindustrie, der Schaffung einer Volksjustiz, der Abschaffung des bürgerlichen Beamtenapparats, sowie der konsequenten Ahndung faschistischer Verbrechen, des Aufbaus eines vorbildlichen Gesundheitswesens, der Förderung der Jugend, der Gleichberechtigung der Frau, der familienfreundlichen Sozialpolitik und der alternativlosen Friedenspolitik. Das Defizit fehlender demokratischer Freiheitsrechte war bei den ausufernden wirtschaftlichen und Versorgungsschwierigkeiten der DDR die Ursache, dass sich die Menschen von ihr abwandten und im kapitalistischen System erstrebenswerte Lebensbedingungen zu erkennen glaubten. Dass die gesamte Geschichte der DDR gekennzeichnet war von einem erbarmungslosen Kampf der Gegner des Sozialismus, besonders seitens der BRD, und dass dessen Abwehr so viele Kräfte und ökonomische Ressourcen erforderte, macht die Niederlage beim Versuch der Errichtung eines Menschenstaates nicht erträglicher.

Zum Anwurf „Zwangvereinigung“

Natürlich kommt man nicht umhin, den jahrzehntelang gepflegten Vorwurf der westdeutschen Sozialdemokratie von einer „Zwangvereinigung“ zu untersuchen und zu beurteilen. Betrachten wir die Urteile von Personen der Zeitgeschichte:

August Karsten, 1920-1933 SPD-Reichstagsabgeordneter, Mitglied des Zentralausschusses (ZA) der SPD, dann des SED-Zentralsekretariats, 1966: „Eine überstürzte Gründung der Einheitspartei ohne vorherige Klärung von Grundfragen, wie z.B. Fragen nach dem Weg zum Sozialismus und nach seinem Inhalt, hätte zu innerparteilichen Auseinandersetzungen und damit zur Lähmung der Partei geführt. ... Der 20. und 21. April waren Freudentage, einmalige Tage ...“

Erich W. Gniffke, Mitglied des ZA der SPD, dann des Zentralsekretariats der SED, 1947: „Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ... war kein mechanischer, ideologisch unvorbereiteter Akt; sie war das Ergebnis eines Verschmelzungsprozesses ... So ergab sich ... die natürliche Konsequenz, dass die SED nicht die Fortsetzung der Sozialdemokratischen Partei und nicht die Fortsetzung der Kommunistischen Partei sein konnte.“ (Gniffke wandte sich später gegen die Stalinisierung der SED, verließ 1948 die SBZ und wurde in den Westzonen wieder Mitglied der SPD.)

Willy Brandt, SPD-Vorsitzender, 1982: „Nicht nur in der sowjetisch besetzten Zone, auch in den Westzonen herrschte in den ersten Wochen und Monaten nach Kriegsende die Meinung vor, dass es sinnvoll wäre, möglichst rasch die Spaltung zu überwinden und eine einheitliche Arbeiterpartei zu schaffen. Es war die KPD-Führung ..., die dies ablehnte. Sie wollte erst die eigene Organisation aufbauen und konnte sich dabei auf massive Unterstützung der Besatzungsmacht verlassen. ... Grotewohl und seine Freunde hielten nicht durch, worauf sie sich in Gesprächen mit westdeutschen Genossen in Wennigsen festgelegt hatten: dass über den Kurs der Partei, und damit auch über die Frage der Einheit, erst auf einem ‚Reichsparteitag‘ entschieden werden könne. Eine Mischung von Druck und Wunschenken begleitete sie auf dem Weg zur Zwangsvereinigung 1946.“ *Zu Wennigsen später bei Kurt Schumacher.*

Hermann Weber, Historiker, Mannheim, 1980: „In der Tat zeigte die neugegründete SED einige wesentliche Unterschiede gegenüber herkömmlichen kommunistischen Parteien. Sie war keine Kaderpartei, sondern eine Massenpartei. Zu den 600.000 Kommunisten und 680.000 Sozialdemokraten stießen zahlreiche neue Mitglieder ... Nach den Statuten waren auch alle Funktionen in der Partei paritätisch ... zu besetzen. Der Spitzenführung der SED, dem Zentralsekretariat, gehörten sieben Kommunisten (Ackermann, Dahlem, Matern, Merker, Pieck, Elli Schmidt, Ulbricht) an und ebenso viele Sozialdemokraten (Fechner, Gniffke, Grotewohl, Karsten, Käthe Kern, Lehmann, Meier). Vor allem war die SED nicht auf das sowjetische Modell festgelegt. Sie betonte ihren deutschen Charakter, bekannte sich zum Marxismus, aber nicht zum Leninismus. In der praktischen Politik wurde die SED freilich die Fortsetzung der KPD ...“

Harold Hurwitz, amerikanisch-deutscher Historiker, Berlin, 1990: (Geschehnisse der ersten Nachkriegsjahre...) „Dazu gehören sowohl die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED ... Die von Stalin geforderte und von den Offizieren in der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland (SMAD) durchgeführte Gleichschaltung der Sozialdemokraten in der Zeit von November 1945 bis April 1946 stieß in der Sowjetzone und in Berlin auf hartnäckigen Widerstand ...“

Joachim Kahlert, Friedrich-Ebert-Stiftung, Leipzig, 1991: „Gewiß gab es auch in der SPD Menschen, die sich von kommunistischer Taktik blenden ließen und glaubten,

sie könnten Kommunisten zu einer demokratischen Reformpolitik bewegen. Und es gab auch Sozialdemokraten, die um eines Machtzuwachses oder um persönlicher Vorteile willen bereit waren, mit Kommunisten Bündnisse zu schließen, gar mit ihnen zusammen, wie 1946, eine Partei zu gründen. Aber dieses Verhalten war nicht Folge einer Gesinnungsgemeinschaft mit Kommunisten, sondern entweder Folge eines politischen Irrtums oder des Strebens nach persönlichen Vorteilen.“

PDS, Historische Kommission, 1995: „Die Historische Kommission sieht mit Besorgnis, dass der Anschluß- und Vereinigungsprozeß auf deutschem Boden mit einer Rückkehr zu simplen emotional aufgeladenen Bildern des kalten Krieges verbunden ist. Denn vor einem Jahrzehnt waren Historiker in Ost und West bereits einmal soweit aufeinander zugegangen, dass die einen die mit dem Zusammenschluß von KPD und SPD verbundenen Konflikte stärker wahrnahmen und die anderen den verbreiteten Drang zur Einheit nicht mehr generell in Abrede stellten. ... Wir haben alle, die erfreulichen wie die unbequemen und beschämenden, historischen Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen. Wir dürfen nichts beschönigen, aber wir brauchen auch einem antikommunistischen und antisozialistischen Zeitgeist keinen Tribut zu zollen.“

Zur Rolle Kurt Schumachers:

Kurt Schumacher hatte sich auf einer Konferenz sozialdemokratischer Funktionäre am 5. und 6. Oktober 1945 im Kloster Wennigsen bei Hannover zum Führer der SPD in den Westzonen bestätigen lassen. Er steuerte einen scharfen antikommunistischen Kurs.

Es gab in beiden Parteien - der SPD und der KPD - Kräfte, die glaubten, der künftigen Einheitspartei ihren Stempel aufdrücken zu können. Der Zentralausschuß der SPD (in Berlin) zögerte verbindliche Zusagen hinaus, wollte Zeit gewinnen und verwies auf die Verhandlungen mit Schumacher. In den Vordergrund trat das Argument, dass die Vereinigung im „Reichsmaßstab“ erfolgen müsse und dass darüber die Entscheidung nur von einem Reichsparteitag gefällt werden könne. Dazu kam die Erwartung, bei kommenden Wahlen Mehrheiten zu erlangen, brachten doch die Wahlen in Ungarn am 4. November und in Österreich am 25. November den Kommunisten Niederlagen. Auch bei den Betriebsrätewahlen in Berlin schnitt die SPD deutlich besser ab als die KPD. Außerdem wurden den Kommunisten - infolge des „traditionellen“ Antikommunismus und deren Bekenntnisses zur Sowjetunion und damit auch zur Reparationspflicht - die allgemeine Not, die Schwierigkeiten und auch die Übergriffe von Rotarmisten auf die Bevölkerung unmittelbar angelastet. Und bei KPD-Funktionären gab es Rückfälle in alte Denkmuster; zum Beispiel beschuldigte Willy Sägebrecht in einem Bericht der KPD-Bezirksleitung vom 4. Oktober 1945 Friedrich Ebert, die „alte arbeiterfeindliche profaschistische Politik“ zu verteidigen.

Die Verhandlungen mit Schumacher endeten schließlich mit dem Ergebnis, dass er den Berliner ZA als Führungsgremium nicht anerkannte und die Einberufung eines Reichsparteitages ablehnte. Im Bunde mit den westlichen Besatzungsmächten bekämpfte Schumacher die auch in den Westzonen starken Einheitsbestrebungen. Darüber hinaus betrieb er seit Februar 1946 die Schaffung einer „Untergrundorganisation“ in der sowjetischen Besatzungszone, die dann auch als „Ostbüro“ – eine Abteilung des SPD-Parteivorstandes (West) – in Erscheinung trat und mit planmäßiger Sabotage- und Spionagetätigkeit begann. Sozialdemokraten, die sich in diese Machenschaften einließen, waren Strafverfolgungen ausgesetzt.

Daß auch Kommunisten mit der „Partei neuen Typus“ Schwierigkeiten hatten, zeigt der „Fall“ **Otto Weber**. Er wurde 1948 aus der SED ausgeschlossen „wegen starker sektiererischer Tendenzen“. Weber war 1924 bis 1929 Stadtverordneter der KPD und zugleich kommunistischer Abgeordneter des Brandenburgischen Provinzialausschusses sowie (als Nachrücker) Mitglied des Reichstages 1928, aber er trat zum Leninbund über und flog 1928 aus der KPD. Er wurde mehrfach verhaftet und verurteilt, erlitt KZ- und Gefängnishaft unter den Faschisten. 1945 wurde er Stadtrat für Volksbildung und war paritätischer Vorsitzender der SED in Rathenow. Ihm wurde „arbeiterfeindliche Einstellung“ vorgeworfen – und als „Trotzkist“ der Übertritt „ins opportunistische, sowjetfeindliche Lager“ als „Parteischädling“.

Otto Weber blieb eine Haft in seinem Staat erspart, er verlor jedoch alle Funktionen und wurde fortan von der regionalen SED-Geschichtsschreibung totgeschwiegen.

Ausblick

Machen wir uns auf den Weg zu einem neuen Anlauf, den Kapitalismus zu überwinden.

„Und ob wir das erleben werden? ...“ fragte Karl Liebknecht 1919. Erst für kommende Generationen wird der Sozialismus auf die Tagesordnung rücken.

Dazu ist eine starke linke, sozialistische Kraft mit klarem strategischem Ziel notwendig. Prozesse zu neuer Einheit möglichst **aller Linken** werden unumgänglich, deren Grundsatz aber (wie schon 1945/46) nur heißen kann:

Erst Klarheit, dann Einheit!

Aus der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien 1946 und der folgenden Geschichte sind Lehren zu ziehen.

Quellen:

- Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD, Dietz Verlag; 1946
- „Im Kampf geboren“ und „Beiträge zur Geschichte der Kreisparteiorganisation Rathenow/Westhavelland“, Kreiskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der SED-Kreisleitung Rathenow; 1976 und 1982
- „Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945“; Illustrierte historische Hefte 19, Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; 1980
- Vereinigung von SPD und KPD in der Provinz Brandenburg 1946, Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, Heft 3/1 und 3/2; 1996
- Rathenower Nachrichten, Informationsblatt des Stadtkreises Rathenow; 1948-1950
- „Verfolgung, Widerstand, Befreiung, Neuanfang“, PDS-Stadtvorstand; 2005
- „Bitte keine Kriminalkommissare“, Neues Deutschland 10./11.11.01, von A. Herbst
- „Die vergessene Autonomie der Arbeiter“, Dietz Verlag, Auszüge im ND
- Internet: „Sozialistische Mitteilungen“, Geschichtsseiten der SPD